

Krieg in Lehre und Forschung – oder: Zivilklauseln

Lösungen sind von „Jamaika“ nicht zu erwarten

Von Cornelia Mannewitz

Zivilklauseln sind freiwillige Selbstverpflichtungen von Hochschulen oder außeruniversitären Forschungseinrichtungen, keine militärisch nutzbare Lehre und Forschung zu betreiben. Gleichzeitig sind sie ein Schritt auf dem Weg zu einer anderen Hochschule.

Die Einrichtung von Zivilklauseln wird durch einige klar benennbare Problemfelder behindert: die Verflechtungen zwischen Hochschule und Wirtschaft, die Studien- und Arbeitsbedingungen an Hochschulen (Stichwörter: gestufte Studiengänge, befristete Arbeitsverhältnisse für Mitarbeiter) und der Zustand der akademischen Selbstverwaltung. Gelingt es aber trotzdem, eine wirksame Zivilklausel zu installieren, kann sie diese Probleme lösen helfen.

Welche Chancen für Zivilklauseln bietet die politische Konstellation einer ja immer noch etwas misstrauisch beäugten Jamaika-Koalition, wenn man ihre Vorhaben zu den benannten Problem- und Lösungsfeldern ins Verhältnis setzt?

Alle „in Jamaika“ wollen (laut ihren Wahlprogrammen): 1.) Steuergutschriften für Forschung an Unternehmen (statt Projektförderung und Bildung von Clustern z.B. von Unternehmen und Hochschulen, worauf noch im letzten Koalitionsvertrag der Schwerpunkt lag), 2.) eine Bildungsoffensive und 3.) den weiteren militärischen Ausbau der EU.

Lösen denn Steuergutschriften für Forschung das Problem der Verflechtung von Hochschule und Wirtschaft, womöglich sogar das der befristeten Arbeitsverhältnisse? Aber nein, denn die vielen kleineren und mittleren Unternehmen haben mangels Personal nichts davon. Es sei denn, sie kaufen Forschung ein, und das führt wieder zu Befristungen.

Auch durch eine Bildungsoffensive wird sich an den Studien- und Arbeitsbedingungen wenig ändern. Bei der FDP heißt es frank und frei und grundsätzlich: „Wir verteidigen einen flexiblen Arbeitsmarkt und die Tarifautonomie und dürfen etwa die Zeitarbeit oder Befristungen nicht weiter einschränken.“ Ein Streitpunkt ist die Aufhebung des Ko-

operationsverbots. Fiele es, könnte der Bund direkt in die Grundfinanzierung der Hochschulen einzahlen und die Hochschulen wären unabhängiger vom Geld der Wirtschaft (oder auch des Verteidigungsministeriums). Die CDU will die Aufhebung aber nicht, die FDP will sie nur halbherzig: Sie will die Finanzierung der Hochschulen durch den Bund an die Studierendenzahlen knüpfen. Studierende offensiv anlocken ohne Geld?

Der Zustand der akademischen Selbstverwaltung ist einfach nur beklagenswert. Professionalisierung der Ämter, Beschneidung der Rechte der Gremien, der Gremien überhaupt (wo gibt es noch ein die ganze Breite der Hochschulmitglieder abbildendes Konzil?) sind logische Begleiterscheinungen der Ökonomisierung im Wissenschaftsbereich. Sie durchziehen alle Problembereiche. „Jamaika“ sagt dazu eigentlich nichts. Nur die Grünen haben vor, „demokratische und partizipative Strukturen an Hochschulen [zu] stärken“. Für CDU und FDP ist das schlicht kein Thema.

Bleibt das Jamaika-Ziel des weiteren militärischen Ausbaus der EU. Dass die an dem Know-how der Hochschulen und Forschungseinrichtungen für Technik und Kriegsrechtfertigung vorbeigehen könnte, ist nicht denkbar.

Und schließlich: Keiner in „Jamaika“ will wirklich das System kritisieren. Keiner will konsequent nichtmilitärische Politik betreiben. Und schon gar keiner will Zivilklauseln einrichten! Zivilklauseln gab es überhaupt nur im Wahlprogramm der Linken. Aber die Farbe Rot fehlt in der Flagge von Jamaika ...

Fazit für uns: Die Jamaika-Koalition wird sich unter sich zusammenraufen. Aber Beiträge zur Lösung der benannten Probleme sind von ihr kaum zu erwarten. Ergo: Für Zivilklauseln müssen wir selber weiter kämpfen!



Cornelia Mannewitz ist Mitglied im DFG-VK-BundessprecherInnenkreis.